



# Interpellation

betreffend **One-Stop-Shop – Konzept und Funktionsweise**

eingereicht von: Urs Hofer namens der FDP-Fraktion

am: 15. März 2017 (Entwurf)

Geschäftsnummer:

---

Die Etablierung eines One-Stop-Shops ist ein wichtiges Element der „Impulsstrategie Arbeitsplätze“ des Stadtrates. Aus den Unterlagen des Geschäfts Nr. 2016.73 (House of Winterthur) sowie dem öffentlichen Internetauftritt ergibt sich, dass insbesondere der sogenannte „Ansiedlungsmanager“ (der örtlich einen Arbeitsplatz im „House of Winterthur“ haben soll) eine solche Funktion wahrnehmen soll. Dennoch ist wenig über das dahinterstehende Konzept, dessen Ziele sowie die Kompetenzen und Arbeitsweise dieses Ansiedlungsmanagers bzw. des geplanten One-Stop-Shops bekannt.

Vor diesem Hintergrund wird der Stadtrat gebeten, insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche primären Ziele verfolgt der Ansiedlungsmanager? Wie will er diese Ziele erreichen? Welche Kompetenzen hat er (insb. gegenüber anderen Verwaltungseinheiten)? Wie abhängig ist er von der kundenfreundlichen Mitwirkung anderer Verwaltungseinheiten? Wie könnte seine Position gestärkt werden?
2. Inwiefern kann er – aus Sicht der Betroffenen – helfen, die Verwaltungsprozesse zu beschleunigen, Bürokratie abzubauen oder auf andere Art einen Mehrwert zu schaffen?
3. Dient der Ansiedlungsmanager nur als One-Stop-Shop Anlaufstelle bei Ansiedlungsfragen oder auch für bereits ansässige Unternehmen oder bei anderen Projekten, wo u.U. mehrere Verwaltungseinheiten konsultiert werden müssen? Könnte der Ansiedlungsmanager auch etwas allgemeiner als permanente Anlauf- und Koordinationsstelle für Gewerbetreibende agieren (quasi als eine Art Gewerbe-Ombudsmann)?
4. Auf welche Art und Weise könnte die Wirkung eines One-Stop-Shops durch Anpassungen im Internet-Auftritt (z.B. ein One-Stop-Shop Portal) und IT-Investitionen (z.B. Investition in gemeinsame Projektmanagementtools) verstärkt und unterstützt werden? Was plant der Stadtrat in dieser Hinsicht?
5. Durch welche anderen Massnahmen soll die Willkommens- und Dienstleistungskultur in der gesamten Stadtverwaltung gefördert werden?